

Energie Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ergeht per Email
tarife@e-control.at

Abteilung für Umwelt-
und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | A-1045 Wien
T 05 90 900DW | F 05 90 900-269
E up@wko.at
W <http://wko.at/up>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	Up/861/Kr	4222	13.11.2014
	Mag. Cristina Kramer		

Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnungs-Novelle 2015 STELLUNGNAHME

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für den zur Verfügung gestellten Novellierungsentwurf der Energie-Control Austria über die Anpassung der Systemnutzungsentgelte für Erdgas und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Allgemeines

Mit dem Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG 2011) wurde die Systematik der Festsetzung der Systemnutzungsentgelte umfassend geändert. Mit der vorliegenden Novelle werden die Systemnutzungsentgelte angepasst und ein Entgelt für den Abruf von Regelenergie eingeführt.

Die Entwicklung der Netznutzungsentgelte ist durch mehrere Faktoren beeinflusst. Die Kosten der Netzebene 1 werden durch die neue Methode der Kostenwälzung entsprechend der Mengenentwicklung in den einzelnen Netzbereichen aufgeteilt:

Netzbetreiber	2015	2014	2013	2012	2011	2010
WIEN ENERGIE Gasnetz GmbH	18.760.000 €	19.979.900 €	20.740.300 €	20.297.367 €	17.652.035 €	15.698.405 €
EVN Netz GmbH	- 3.266.300 €	238.200 €	1.788.500 €	7.343.534 €	8.949.456 €	11.943.777 €
Netz Burgenland Erdgas GmbH	2.101.500 €	2.079.000 €	1.811.200 €	1.952.592 €	1.664.690 €	1.575.370 €
Gasnetz Steiermark GmbH	4.173.700 €	5.132.100 €	2.390.900 €	1.450.732 €	1.772.478 €	1.009.444 €
OÖ. Ferngas Netz GmbH	12.114.000 €	9.285.300 €	11.451.600 €	14.269.373 €	11.660.990 €	8.226.201 €
Kärnten Netz GmbH	1.396.500 €	1.287.300 €	1.073.700 €	1.479.810 €	1.432.958 €	1.271.673 €
Salzburg Netz GmbH	2.804.300 €	2.946.300 €	2.706.300 €	2.540.379 €	2.286.087 €	2.383.104 €

In den Netzbereichen Salzburg, Burgenland, Oberösterreich und Vorarlberg sind diese Faktoren – sowohl bei den Kosten als auch bei den Mengen – relativ stabil, daher ergeben sich für diese Netzbereiche lediglich geringfügige Änderungen der Netznutzungsentgelte.

Bei der Betrachtung aller Änderungen fällt auf, dass die bereits teuren Netzgebiete noch höhere Kosten verursachen werden, während die sich bereits unter dem österreichischen Durchschnitt befindlichen Netzgebiete günstiger werden. Die Unterschiede werden somit größer. Die im Strombereich zu bemerkende Kluft zwischen günstigen und teuren Bundesländern greift auf den Gasbereich über.

Situation Oberösterreich:

Laut den Erläuterungen soll in Oberösterreich das Durchleitungsentgelt für einen Haushalts-Musterkunden mit 15.000 kWh in Netzebene 3 um 0,83 % gesenkt werden, die Durchleitungsentgelte bei Großkunden mit 90 Mio. kWh in Netzebene 2 bleiben unverändert.

Prozentuelle Veränderung in Netzebene 2

Verbrauch in kWh	Veränderung der Systemnutzungsentgelte
1.000.000	0,00%
5.000.000	0,00%
10.000.000	0,00%
50.000.000	0,00%
90.000.000	0,00%
500.000.000	0,00%
1.000.000.000	0,00%
10.000.000.000	0,00%

Prozentuelle Veränderung in Netzebene 3

Verbrauch in kWh	Veränderung der Systemnutzungsentgelte
1.000	-0,32%
5.000	-0,68%
15.000	-0,83%
30.000	-0,88%
50.000	-0,90%
100.000	-0,92%
200.000	-0,93%
400.000	-0,93%

Es wird daher vorgeschlagen, die Netzentgelte so anzupassen, dass sich eine in etwa lineare Preisänderung für alle Kundengruppen ergibt.

Situation Steiermark:

Wenngleich die rückläufigen Abgabemengen im Vorjahr, bedingt durch die bekannte Situation beim Gaskraftwerk Mellach, evident sind und auch der niedrigere Gasbezug seitens der Papierindustrie (bezogener Strom ist billiger als der selbst erzeugte aus Gasturbinen), so müssen doch Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf erhoben werden. Die Systemnutzungsentgelte für Gas haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich stark erhöht und stellen für die betroffenen großen Gasbezieher nicht mehr akzeptable Kosten dar.

Insbesondere die Erhöhung der Systemnutzungsentgelte auf der Netzebene 2 in Höhe von 10 % kann keinesfalls hingenommen werden. Hiervon betroffen sind ausschließlich große energieintensive Industriebetriebe, die ein Beschäftigungsgarant sind und im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb stehen. Jede Kostenerhöhung muss letztendlich in dieser Situation zu einem Abbau von Beschäftigung führen.

Minoritätsvotum des Fachverbandes der Gas- und Wärmeerzeugungsunternehmen

Zu § 10 Abs 6c:

Prinzipiell sind Maßnahmen zur Steigerung der Liquidität am Regelenenergiemarkt durchaus sinnvoll. Es ist jedoch eine effiziente Umsetzung der geplanten Maßnahme zu berücksichtigen. ZB ist eine standardisierte Verrechnung dieser Kunden nicht möglich und das vorgesehene Abrechnungsmodell hätte einen erheblichen Mehraufwand in der Verrechnung zur Folge.

Es wird ersucht, Berechnungsbeispiele in den Erläuterungen zu Abs 6c zwecks einheitlicher Vorgangsweise aufzunehmen.

Zu § 10 Abs 7:

Durch die Ausdehnung der Zone 1 auf 40.000 kWh ist die Zonenaliquotierung nur mehr für sehr wenige Kunden maßgeblich. Die Zonenaliquotierung ist auch kein zentrales Anliegen der Netzkunden. Es gab dazu in den letzten Jahren kaum Kundenanfragen.

Detaillierte Erklärungen zur Netzrechnung bekommt der Netzbenutzer telefonisch, elektronisch oder persönlich in den jeweiligen Kundencentern.

Was die geforderte transparente und nachvollziehbare Verbrauchsabgrenzung auf der Rechnung betrifft, zeigt die Erfahrung, dass die bisherige Methode der Darstellung anhand eines einfachen Beispiels auf der Homepage des FGW sowie der einzelnen Netzbetreiber und die Angabe eines Links auf der Rechnung dazu- entgegen der unbegründeten Behauptung in den Erläuterungen - bei weitem ausreichen (siehe die vom FGW erstellte Information betreffend die „Darlegung der Berechnungsmethodik zur Zonenaliquotierung und Verbrauchsabgrenzung“). Individualisierte Anfragen können, wie bereits erwähnt, von den Kundencentern beantwortet werden. Die Alternative dazu wäre eine mehrseitige detaillierte Erklärung der Berechnungsmethode, inklusive Darstellung und Erklärung der verwendeten synthetischen Lastprofile und Temperaturkurven/-zonen. Dies wird weder das Verständnis des Endverbrauchers fördern, noch Transparenz und Nachvollziehbarkeit subjektiv für ihn erhöhen. Die Kosten der Rechnungserstellung würden dadurch allerdings drastisch erhöht.

Es wird weiters die Einführung eines „Verbrauchsrechners“ gefordert, mit dem „die Zonenaliquotierung des jeweiligen Kunden und die rechnerische Verbrauchsabgrenzung nachvollzogen werden kann“. Dies bedeutet, dass im Internet eine „kundenindividuelle“ Berechnung und Darstellung erfolgen soll. Es ist nicht möglich, dies nur durch Eingabe des Jahresverbrauches (anonym, ohne sich anzumelden) erreichen, da es beim Kunden auch Zwischenablesungen oder Zählertäusche geben kann. D.h. wenn die Gesamtmenge aus der Rechnung als Summe anhand des synthetischen Lastprofiles aliquotiert und auf die Zonen aufgeteilt wird, ergibt das bei Preisänderungen eine andere Aufteilung als wenn Zwischenablesungen berücksichtigt werden. Dadurch kann es zu Verschiebungen zum Preis alt oder Preis neu kommen, da das Verbrauchsverhalten des Kunden sicher nicht 1:1 dem synthetischen Lastprofil entspricht. Daher müsste der Kunde im Webportal nicht nur die Gesamtmenge sondern die einzelnen Ablesungen (Zeitpunkte und Zählerstände/Mengen) erfassen.

Nur die Eingabe einer Nummer (z.B.: Kunden- oder Rechnungsnummer) - ohne Prüfung eines Passwortes - ist aus datenschutzrechtlichen Gründen abzulehnen. Damit würde es möglich sein, durch einfaches Hochzählen bzw. Probieren von Nummern, die Daten von anderen Kunden abzurufen.

Daher müssten sich Kunden entweder vorher registrieren (inklusive des gesamten Ablaufs für eine Identifikation, Aktivierungsmail, etc.) oder es werden mehrere Nummern abgefragt und die Kombination wird für die Identifikation verwendet.

Beide Varianten setzen firmenindividuelle Lösungen voraus, da das WEB-Portal eine Kommunikation mit der Datenbank benötigt, um die Daten zu prüfen und zu berechnen. Für die Darstellung ist sind ja nicht nur die Verbrauchsdaten sondern auch die Ablesezeitpunkte, die Daten des synthetischen Lastprofiles, die Rechnungsdaten, die Preise, etc. erforderlich.

Ein kundenindividueller Verbrauchsrechner stellt einen zusätzlichen, durch den bescheidenen allfälligen Nutzen nicht vertretbaren Aufwand für die Gasnetzbetreiber dar, für den es praktisch kein Bedürfnis der Kunden gibt.

Ganz abgesehen von diesen praktischen Problemen findet die Implementierung eines „Verbrauchsrechners“ **keine gesetzliche Deckung im GWG**. Mangels gesetzlicher Vorgabe, kann dieser daher auch nicht mit einer Verordnung der E-Control vorgeschrieben werden:

- Gemäß § 126 Abs 5 GWG haben Netzbetreiber und Lieferanten „*Verbrauchs- und Abrechnungsdaten für eine Dauer von drei Jahren ab Verfügbarkeit für ... Auskünfte gegenüber berechtigten Endverbrauchern aufzubewahren und unentgeltlich an ihn ... zu übermitteln.*“
- Weiters sieht § 126 Abs 6 vor: „*Liegt kein Jahresverbrauch vor, so sind die Teilbeträge auf Basis des zu erwartenden Gasverbrauchs aufgrund der Schätzung des Verbrauchs vergleichbarer Kunden zu berechnen. Die der Teilbetragsberechnung zugrundeliegende Menge in kWh ist dem Kunden schriftlich oder auf dessen Wunsch elektronisch mitzuteilen.*“
- Gemäß § 126b ist Endverbrauchern ohne Lastprofilzähler, deren Verbrauch nicht mithilfe eines intelligenten Messgeräts gemessen wird, „*eine detaillierte, klare und verständliche Verbrauchs- und Gaskosteninformation mit der Rechnung zu übermitteln. Darüber hinaus hat der Netzbetreiber diesen Endverbrauchern die Möglichkeit einzuräumen, einmal vierteljährlich Zählerstände bekannt zu geben. Der Netzbetreiber ist im Fall der Zählerstandsbekanntgabe verpflichtet, dem Versorger unverzüglich, spätestens jedoch binnen zehn Tagen nach Übermittlung durch den Endverbraucher, die Verbrauchsdaten zu senden. Dem Endverbraucher ist innerhalb von zwei Wochen eine detaillierte, klare und verständliche Verbrauchs- und Gaskosteninformation kostenlos auf elektronischem Wege zu übermitteln.*“

Somit finden sich weder für einen kundenindividuellen Verbrauchsrechner noch für die Erstellung von Tages und/oder Monatsverbräuchen der letzten Abrechnungsperiode eine gesetzliche Deckungen. Vielmehr ist eine Verbrauchsinformation lediglich der (Jahres-) Rechnung beizulegen und - ohne vierteljährliche Zählerstandsbekanntgabe - auch nicht elektronisch zu übermitteln. Offensichtlich wird hier auf Bestimmungen abgestellt (vgl § 126a GWG), die mangels Einsatz von sog. „intelligenten Messgeräten“ im Gasbereich nicht anwendbar sind.

Daher wäre die geplante Änderung des § 10 Abs 7 GSNE-VO **gesetzwidrig und widerspricht damit dem verfassungsrechtlichen Legalitätsprinzip**. Auf die Frage der (hier jedenfalls nicht gegebenen) Zumutbarkeit eines Rechtseingriffes, die der VfGH im Rahmen des Sachlichkeitsgebotes des Gleichheitsgrundsatzes prüft, muss daher gar nicht näher eingegangen werden.

Zusammengefasst lehnt der Fachverband Gas Wärme den vorgeschlagenen Verbrauchsrechner daher strikt ab, weil

- ein Kundenbedarf wegen der Ausweitung der Zone 1 auf 40.000 kWh nicht gegeben ist,
- die wenigen Anfragen zur Zonenaliquotierung mit den bestehenden Kundeninformationssystemen bewältigbar sind,
- die Kosten eklatant höher sind, als ein vorstellbarer Nutzen und
- die vorgesehene Änderung den Vorgaben des GWG widerspricht und somit verfassungswidrig ist.

Daher ist die ursprüngliche Fassung des § 10 Abs 7 beizubehalten:

„(7) Weicht die tatsächliche Abrechnungsperiode von einem Zeitraum von 365 bzw. 366 Tagen ab, sind die gemäß Abs. 4 zu durchlaufenden Zonen spezifisch auf die entsprechende Abrechnungsperiode gemäß dem anhand der Lastprofilverordnung ermittelten Lastprofil zu aliquotieren. Bei jeder Änderung der Netznutzungsentgelte ist eine Zonenaliquotierung und, wenn der Zählerstand nicht bekannt ist, eine rechnerische Verbrauchsabgrenzung vorzunehmen. Die Aliquotierung der Zonen sowie die rechnerische Verbrauchsabgrenzung sind bei der Verrechnung transparent und nachvollziehbar darzustellen. Der Netzbetreiber stellt im Internet ~~einen Verbrauchsrechner ein Modell~~ zur Darlegung der Berechnungsmethodik zur Verfügung, mit dem die Zonenaliquotierung des jeweiligen Kunden und die rechnerische Verbrauchsabgrenzung nachvollzogen werden kann. ~~Auf Kundenwunsch sind die Tages- und/oder Monatsverbräuche der letzten Abrechnungsperiode auf Basis der rechnerischen Verbrauchsabgrenzung elektronisch oder in Papierform zur Verfügung zu stellen.~~“

Sofern ECA dennoch die Notwendigkeit eines solchen Rechners sieht, könnte lediglich eine nicht kundenspezifische Ergänzung (exemplarische Berechnung) über den Tarifikalkulator der E-Control abgebildet werden, wobei man dann ein für alle Unternehmen gleichwertiges System hätte, welches zusätzlich dem Kunden bereits bekannt ist.

Wir gehen davon aus, dass alle mit der Implementierung der in § 10 Abs. 7 genannten Methoden der Darstellung der Zonenaliquotierung verbundenen Kosten (z.B. Verbrauchsabgrenzung auf der Rechnung) als unbeeinflussbare Kosten im Sinne § 79 Abs. 6 GWG anerkannt werden und eine entsprechende Übergangsfrist zur technischen Umsetzung vorgesehen wird.

Zu § 15:

Für die Zählerstandsablesung durch den Netzbetreiber war in der GSTN-VO 2012 ein Entgelt von 4,-€/Jahr vorgesehen. Dieser Passus wurde seit dem In-Kraft-Treten der GSTN-VO 2013 gestrichen. In den Erläuterungen dazu wurde erklärt, dass das bisherige Ableseentgelt in den Messentgelten berücksichtigt ist, was uns in der Praxis nicht zweckmäßig erscheint.

Dass eine Ablesung durch den Netzbenutzer nicht verrechnet werden darf, führt nämlich dazu, dass die Mehrkosten wegen Netzbenutzern (SLP-Kunden), die der mehrmaligen Aufforderung der Selbstablesung nicht nachkommen (erfordert mehrfaches Telefonieren und schließlich die Ablesung bzw. den Ablesungsversuch durch den Netzbetreiber), auf alle Netznutzer aufgeteilt bzw. sozialisiert werden und somit nicht verursachungsgerecht verrechnet werden können. Die in früheren Jahren, in welchen der Netzbenutzer für die Jahresabrechnung zur Selbstablesung aufgefordert wurde, auf der Aufforderungskarte vermerkte „Drohung“ der Verrechnung eines Entgeltes, falls der Zählerstand innerhalb eines angemessenen Zeitraumes dem Netzbetreiber nicht bekannt gegeben wurde, wirkte bis 2012 positiv einer Sozialisierung von „unnötigen“ Kosten entgegen.

Der Fachverband Gas Wärme schlägt daher vor, dass die Festlegung eines Entgeltes für die Ablesung durch den Netzbetreiber, sofern er nicht gemäß den Allgemeinen Verteilernetzbedingungen zur Eigenablesung verpflichtet ist (alle 3 Jahre), wieder in die GSNE-VO aufgenommen wird.

Die Wirtschaftskammer Österreich dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme, bittet um Berücksichtigung unserer Anliegen und steht für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin